

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Gesundheit
Kranken- und Unfallversicherung
3003 Bern

2. November 2006

**Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und macht davon gerne Gebrauch.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen im Abschnitt 3a „Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen“ nimmt die EVP wie folgt Stellung:

1. Massnahmen sind dringend nötig. Durch die Zunahme der Zahlungsausstände ist eine unhaltbare Situation entstanden, welche alle Akteure im Gesundheitswesen sowie indirekt auch die korrekt zahlenden Prämienzahler sowie weitere Betroffene stark belastet.
2. Art. 105a und b: Die Festlegung des Verzugszinses und der Fristen für die Mahnung wird unterstützt. Die Frist für die Einleitung der Betreibung erscheint mit 6 Monaten zu lang. Sie sollte verkürzt werden.
3. Art. 105c Absatz 1-3: Die EVP fordert, dass der Aufschub sofort nach Verstreichen der Fristen verfügt und der zuständigen kantonalen Stelle mitgeteilt werden muss. Ebenso ist in Absatz 3 festzuhalten, dass die Benachrichtigung über Verlustscheine sofort zu erfolgen hat.
4. Art. 105c Absatz 7: Dieser Absatz ist so schwammig formuliert, dass er keine Aussagekraft hat. Da der Inhalt jedoch den eigentlichen Kern des in diesen Verordnungsänderungen zu lösenden Problems betrifft, legt die EVP grossen Wert darauf, dass eine griffige Lösung zustande kommt. Zum einen sehen sich die Leistungserbringer heute gezwungen, säumigen Zahlern gewisse Leistungen vorzuenthalten, weil die Kantone die Finanzierung der Leistungen bei säumigen Zahlern ungenügend regeln. Absatz 7 sagt nichts darüber aus, wie dieser oft unwürdige Missstand behoben werden soll. Wir fordern, dass die verantwortliche kantonale Stelle den Leistungserbringern bekannt gemacht und das Problem gemeinsam gelöst werden muss.

Zum andern müssen für säumige Zahler gewisse Nachteile entstehen. Ansonsten sind die korrekt zahlenden Versicherten benachteiligt. Es muss somit definiert werden, dass gewisse aufschiebbare Leistungen vorenthalten werden dürfen.

Die übrigen Änderungen in der Vorlage werden von der EVP gutgeheissen. Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier